

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

27.8.1930 (No. 198)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Bismarck-  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Gesamtanleger:  
L. S.:  
C. A. Seyfried  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einjährl. 35 RM., einjährl. 10 RM., Samstag 15 RM. — Anzeigengebühr: 14 RM. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertretung und Kontroversen führt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Verleumdung, Verletzung der eigenen Rechte oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Die Karlsruher Zeitung wird keine Gewähr abgeben. — Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. — Besondere Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hochschullehrer, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Letzte Nachrichten

#### Feier des Kellogg-Paktes Festbankett in Washington

W.A. Washington, 27. Aug. (Tel.) Der in Chicago gebildete Weltfriedensstaatsvertrag beging heute den Jahrestag des Inkrafttretens des Kelloggpaktes durch ein Festbankett, bei dem Begrüßungstelegramme der Außenminister Dr. Curtius, Henderson und Brand verlesen wurden.  
Der stellv. Staatssekretär hielt eine längere Ansprache, in der er den Kelloggpakt und den Londonpakt als große Friedensstaten pries. Er widerlegte die Kritiken, wonach der Kelloggpakt erst Wert habe, wenn Amerika dem Völkerbund beitreten würde mit dem Hinweis darauf, daß die Bestimmungen des Kelloggpaktes gemeinsam mit dem unzweifelhaft vorhandenen Friedenswillen aller Großmächte eine genügende Garantie bieten. Selbst Rußland habe Vergleichsverträge abgeschlossen, insbesondere den mit Deutschland von 1920. Amerika werde binnen kurzem mit allen Signataren des Kelloggpaktes Schiedsverträge abgeschlossen haben außer mit Rußland, welches von Amerika nicht anerkannt sei, mit Afghanistan, mit dem es keine diplomatischen Beziehungen unterhalte, und mit der freien Stadt Danzig, die einen eigenartigen internationalen Status habe. Der Vorschlag eines feierlichen Abkommens zwischen Amerika und Frankreich, nie gegeneinander Krieg zu führen, sei gerade deswegen von Kellogg zurückgewiesen worden, weil er sah, daß ein dertartiger Vertrag einem Bündnis gleichkommen wäre. George Washington würde, dessen sei er sicher, sowohl den Kelloggpakt sowie das Londoner Flottenbegrenzungsabkommen mit Enthusiasmus gutgeheißen haben.

#### Der Bombenlegerprozess in Altona

W.A. Altona, 27. Aug. (Tel.) Da die Angeklagten sich im weiteren Verlaufe des Prozesses wegen der holsteinischen Bombenanschläge nach wie vor weigern, zur Sache auszusagen, muß in die Verlesung derjenigen Protokolle eingetreten werden, die die Staatsanwaltschaft als wichtig für die Überführung und den Schuldbeweis betrachtet und die Geständnisse bzw. Beschuldigungen der einzelnen Angeklagten enthalten.

#### Ein Skandal in Weglar

W.A. Weglar, 27. Aug. (Tel.) Gegen den Weglarer Oberbürgermeister Kühn und den Leiter des Bauamtes, Stadtbauinspektor Sepp, ist vom Regierungspräsidenten in Koblenz das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Beide Herren sind vom Amt suspendiert und dürfen die Verwaltungsgeschäfte nicht mehr betreten. Ihre Bezüge werden ihnen nur zur Hälfte ausbezahlt. Die Verwaltung ist einstweilen dem ersten Beigeordneten, Georg Übertragen worden. Es soll sich um Unregelmäßigkeiten in der Verwendung städtischer Gelder handeln. Einzelheiten fehlen noch.

#### Pilsudski und die Opposition Die Sprache des Marschalls

W.A. Warschau, 27. Aug. (Tel.) Das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ veröffentlicht ein Interview mit Marschall Pilsudski. Dieser bezeichnet als seine Hauptaufgabe die Änderung der Verfassung, da die gegenwärtige Verfassung ungemäßen sei, wie der Geist der Herren Abgeordneten. Die Herren Abgeordneten seien in Polen eine niederrangige Erscheinung. Die ganze Arbeit im Sejm stünke, so daß die Luft angesteckt werde. Eine derartige Situation könne nicht gebuldet werden, weil der Staat sonst der Anarchie und dem Chaos verfallt. Dieser schmutzigen Arbeit und Nichtigkeit müsse einmal ein Ende gemacht werden. Denn diese Hofbesucher arbeiten nichts, nähmen aber Geld, Geld und abermals Geld. Die Regierung solle womöglich die Steuererlöse stehlen, nur um sie ihnen zu geben. Seine größte Sorge, so schließt der Marschall, werde es jetzt sein, den Angriff der Abgeordneten auf das Staatsgeld, das sie für ihre Parteiflorette ausgeben wollten, abzuwehren.

#### Die Lage in Peru

Leguia gestorben — Einigung der Revolutionäre  
W.A. New York, 27. Aug. (Tel.) Associated Press meldet aus Lima: Die Banken und Geschäfte waren gestern und heute geöffnet. Der Verkehr spielt sich in der üblichen Weise ab. Nur sind die Straßen belebter als gewöhnlich. Gerüchte über einen kommunistischen Aufstand werden demontiert. Unbestätigten Gerüchten aus Callao zufolge soll Präsident Leguia an Bord des Kreuzers „Amirante Grau“ infolge eines Krämie-Anfalls gestorben sein oder im Sterben liegen. Der hinzugekommene amerikanische Arzt soll geäußert haben, der Tod sei innerhalb weniger Stunden zu erwarten.  
Die Zeitung „La Nacion“ in Buenos Aires meldet, daß die Militär-Junta in Lima vier Offiziere nach Arequipa entsandte, die eine Verständigung mit Oberst Sanchez Cerro herbeiführten, wobei die Junta von Arequipa als die Regierung von Peru anerkannt werde.

Die Kabinettsberatung über die Finanzreform. Das Reichskabinett hat am Dienstag bis 8 Uhr abends die Finanzverhandlungen weitergeführt. Die Verhandlungen bewegten sich bisher noch im Rahmen der Generaldiskussion. Sie werden heute fortgesetzt, und man hofft, daß sie bis am Dienstagabend zum Abschluß gebracht werden können.

### Baden im neuen Reichstagswahlgesetz

Von August Albert (Karlsruhe)

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf des Reichsinnenministers Dr. Wirth bildet das Land Baden einen Wahlkreisverband mit folgenden 6 Wahlkreisen (Nr. 140 bis 145).

- 1. Wahlkreis Konstanz, umfassend die Amtsbezirke Konstanz, Überlingen, Pfüllendorf, Meßkirch, Stockach, Engen, Donauwörthingen, Billingen, Waldshut und Säckingen (140).
- 2. Wahlkreis Freiburg, umfassend die Amtsbezirke Freiburg, Neustadt, Lörrach, Schopfheim, Müllheim, Staufen, Waldkirch und Emmendingen (141).
- 3. Wahlkreis Offenburg, umfassend die Amtsbezirke

Offenburg, Wolfach, Zahr, Oberkirch, Kehl, Bühl und Rastatt (142).

- 4. Wahlkreis Karlsruhe, umfassend die Amtsbezirke Karlsruhe, Ettlingen, Forstheim und Bretten (143).
- 5. Wahlkreis Mannheim, bestehend aus den zwei Amtsbezirken Mannheim und Bruchsal (144).
- 6. Wahlkreis Heidelberg, umfassend die Amtsbezirke Heidelberg, Weinheim, Wiesloch, Sinsheim, Mosbach, Duden, Adelsheim, Laubertshausen und Wertheim (145).

Legt man diese Wahlkreiseinteilung zugrunde, so ergäbe sich nach den Ergebnissen der Reichstagswahl des Jahres 1928 für Baden folgendes Bild:

Wahlkreis	Wahlberechtigte am 16. Juni 1928	Stimmberichtigte	Abgegebene Stimmen	Sozialdemokraten	Deutschnationale	Zentrum	Deutsche Volkspartei	Kommunisten	Christl.-soz. Partei	Nationalsozialisten	Evangel.-soz. Partei	Christl.-n.-Bauern-L.P.	Evangel.-soz. Partei	U.S.P.	Christl.-soz. Reichspartei	Alte S.P.D.	Wahlberechtigte am 16. Juni 1928			
Konstanz	368556	213366	125624	18873	5599	58242	6307	6189	12195	611	2940	1055	532	612	5618	1731	305	1875	524	188
Freiburg	385980	253521	152764	29735	12355	57004	12124	7365	9488	553	10108	1787	797	1954	2324	2183	422	887	795	253
Offenburg	363980	254829	140014	23590	6812	61552	11096	7290	9851	594	3503	3601	2366	323	1325	1725	392	2803	616	159
Karlsruhe	404013	272067	166926	51302	20695	25686	20062	12766	10580	699	7557	5453	593	405	587	6022	328	407	744	123
Mannheim	402459	258672	172292	51924	7425	39182	22249	23322	10277	1864	4578	3732	336	166	664	1647	405	1654	643	140
Heidelberg	387593	243387	165590	23922	21126	55252	14563	9896	11497	565	1889	10702	912	228	3455	1833	252	1797	537	92
Land Baden	2312581	1490641	923210	204346	74012	297818	86401	66806	63888	4886	30875	26330	5446	3588	13973	15161	2104	8923	3859	950

Der Wirthsche Gesetzentwurf sieht Wahlkreise mit durchschnittlich 385 000 Einwohnern und 255 000 Stimmberechtigten in jedem Wahlkreis vor. Da bei der Wahlkreiseinteilung auch die politische Verwaltungsgliederung zu berücksichtigen ist, können die Wahlkreise niemals ganz gleichmäßig groß sein. Das zeigt sich auch bei der Einteilung in Baden.

Auf 70 000 Stimmen soll je 1 Mandat kommen. In den einzelnen Wahlverbänden gelten die Stimmzettel, die durch die gleiche Parteibezeichnung miteinander verbunden sind. Es wird also einer Bewerbergruppe die Zahl der Stimmen zugeteilt, welche die Partei in diesem Verband erzielt hat. Die Zuteilung der Sitze auf die Bewerber innerhalb der Partei erfolgt einfach nach dem alten bewährten System von de Soud, das heißt nach dem Höchstzahlssystem. Es werden so viel Höchstzahlen ausgeteilt, als auf den Parteibewerber zu verteilen sind. In Baden ergibt sich nach dieser Berechnung folgendes Ergebnis, wenn man die Wahlziffern des Jahres 1928 zugrunde legt.

Sozialdemokratie	2 Mandate, Reststimmen 64 346
Deutschnationale	1 Mandat, Reststimmen 4 012
Zentrum	4 Mandate, Reststimmen 17 818
Deutsche Volkspartei	1 Mandat, Reststimmen 16 401
Kommunisten	0 Mandate, Reststimmen 66 808
Demokraten	0 Mandate, Reststimmen 63 888

Von den übrigen Parteien (Linke Kommunisten, Wirtschaftliche Vereinigung des badischen Mittelstandes, Nationalsozialisten, Deutsche Bauernpartei, Völkisch-nationaler Block, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, Volksrechtspartei, U. S. P., Christlich-soz. Reichspartei, Alte S. P. D. und Deutscher Reichsblock der Geschädigten) käme keine für ein Mandat in Frage.

Bei der Sozialdemokratie würde das erste Mandat auf den Wahlkreis 144 Mannheim, das zweite auf den Wahlkreis 143 Karlsruhe entfallen.

Beim Zentrum würde das erste Mandat der Wahlkreis 142 Offenburg, das zweite Konstanz (140), das dritte Freiburg (141) und das vierte Heidelberg (145) erhalten.

Das Mandat der Deutschnationalen würde auf den Wahlkreis Karlsruhe und jenes der Deutschen Volkspartei auf den Wahlkreis Mannheim entfallen.

Die Berechnung der Reststimmen erfolgt innerhalb der Ländergruppen. Baden gehört zu der Ländergruppe Südwestdeutschland (Württemberg, Baden und Hohenzollern). In diesen Ländergruppen werden die Reststimmen, die sich für die einzelnen Parteien aus den Ver-

bänden ergeben, noch einmal zusammengerechnet. Auf je 70 000 Stimmen entfällt noch ein Mandat, das dem Wahlverband mit dem größten Wahlerfolg zugewiesen wird. In den Ländergruppen können aber nur solche Parteien berücksichtigt werden, die wenigstens in einem Wahlkreisverband einen Abgeordneten erreicht haben. Damit wird dem Hauptziel des Entwurfs, nämlich der Konzentration der politischen Parteien, gedient, in dem die restlose Verrechnung von Reststimmen, wie sie das gegenwärtige Wahlsystem vorsieht, etwas zurückgeschraubt wird.

Nach den Ergebnissen der Reichstagswahl des Jahres 1928 hätte die Sozialdemokratie in Württemberg drei Mandate mit 62 017 Reststimmen erhalten. Die Reststimmen der badischen Sozialdemokratie betragen 64 346, was zusammen 126 363 Reststimmen ergibt. Da die Gesamtstimmziffer in Württemberg höher ist als die von Baden, würde das Mandat der württembergischen Sozialdemokratie ausfallen. Es blieben dann noch 56 363 Reststimmen.

Die Deutschnationalen hätten in Baden 4012, in Württemberg 1686, zusammen 5698 Reststimmen, erhielten also kein weiteres Mandat mehr.

Die Reststimmen des Zentrums würden in Baden 17 818, in Württemberg 25 161, zusammen 42 979 betragen; es käme also auch hier kein weiteres Mandat mehr in Frage.

Bei der Deutschen Volkspartei in Württemberg betragen die Reststimmen 63 583, in Baden 4012, zusammen 67 595. Auch hier gäbe es kein Mandat mehr. Würde es der Partei gelingen, die noch fehlenden 2405 Stimmen aufzubringen, würde das Mandat nach Baden fallen, weil dort die größere Stimmziffer aufgebracht worden ist.

Die Reststimmen der Kommunisten betragen in Baden 66 808, in Württemberg 13 121, zusammen 79 929. Hier würde 1 Mandat nach Württemberg fallen.

Bei der Deutschen Demokratischen Partei in Baden betragen die Reststimmen 63 888, in Württemberg 39 967. Hier käme ebenfalls ein weiteres Mandat nach Württemberg, und es blieben noch 33 875 Reststimmen.

In der Ländergruppe Baden-Württemberg-Hohenzollern würden also nach den Stimmziffern des Jahres 1928 folgende Mandate an die einzelnen Parteien fallen:

Zentrum	7
Sozialdemokratie	6
Württemberg. Bauern- u. Weingärtnerbund	3
Deutsche Volkspartei	2
Deutschnationale	2
Demokraten	2
Kommunisten	2

Alle übrigen Parteien würden leer ausgehen. Das Bild wäre schon ein anderes, wenn man die Ergebnisse der Landtagswahlen des Jahres 1929 zugrunde legen würde, und es wird wieder ein anderes sein, wenn die Betrachtung auf Grund der Wahlziffern der kommenden Reichstagswahl erfolgt. Eine gewisse Härte darf man darin erblicken, daß große Summen von Restziffern nach dem neuen Entwurf vollständig unberücksichtigt bleiben. Ein Ausgleich könnte hier vielleicht dadurch geschaffen werden, daß Parteien, die in jedem Wahlkreisverband ein Mandat gewonnen haben, ein weiteres erhalten, wenn innerhalb der Ländergruppe die letzten Reststimmen mehr als zwei Drittel von 70 000 ausmachen.

Es ist nur zu wünschen, daß der neue Reichstag den Gesetzentwurf möglichst bald verabschiedet und damit ein erfolgreicher Schritt zur Befundung unseres innerpolitischen Lebens getan wird. Schließlich sei noch bemerkt, daß es nicht richtig ist, daß das neue Wahlgesetz auf 12 Jahre begrenzt sein soll, vielmehr ist nur die Wahlkreisinteilung begrenzt, da diese von der Bevölkerungszunahme abhängig ist.

## Die deutschen Ozeanflieger in New-York

### Der erste Ozeanflug im Wasserflugzeug

Der deutsche Ozeanflieger von Gronau ist am Dienstag mit seinen Begleitern von Halifax nach New York geflogen und 3.45 Uhr nachmittags (Ortszeit) im New-Yorker Hafen mit seinem „Dornier Wal“ gelandet. Damit ist zum erstenmal ein Wasserflugzeug der Ozeanflieger gelüftet, auch sind zum erstenmal Ozeanflieger in New York selbst gelandet. Die 1000 Kilometer lange Strecke Halifax—New York hat das Flugzeug in einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von 160 Kilometern zurückgelegt. Die Fahrt ging die Küste entlang. Gronau erklärte, er habe sich über die Frage seiner Rückreise noch nicht entschieden. Falls er aber zurückfliege, werde er jedenfalls nicht die Nordroute einschlagen. Er gedente mehrere Tage in Amerika zu bleiben. Die ganze von Gronau durchflogene Strecke beträgt 4000 Seemeilen, die Zeit des Fluges 47 Stunden.

Die Flieger wurden in New York mit großer Begeisterung begrüßt. Sie wurden vom städtischen Empfangsausschuß nach dem Rathaus begleitet, wo die offizielle Begrüßung durch Oberbürgermeister Walker erfolgte. Die Sender der Vereinigten Staaten unterbrachen Dienstag abend ihr kommerzielles Programm, um eine Schilderung des Fluges Gronaus zu geben. Gronau und seine Kameraden kamen selbst ebenfalls zu Worte. Die Veranstaltung wurde auf dem Kurzwellensender nach Deutschland übertragen. Gronau beabsichtigt, auch nach Washington und Chicago zu fliegen. Er ist mit seinen Begleitern zu der gegenwärtig in Chicago veranstalteten internationalen Flugwoche offiziell eingeladen worden, da sich dort zur Zeit alle führenden Männer des amerikanischen Flugwesens befinden, die ihnen einen großen Willkommensempfang bereiten wollen. Der Reichsverkehrsminister hat v. Gronau und seiner Begleitung telegraphisch herzliche Glückwünsche übermittelt.

W.D. New York, 27. Aug. (Tel.) Über das geistige Eintreffen des Fliegers v. Gronau berichten die Blätter ausführlich und in freundlichster Weise. Die Flieger begrüßten namens der Volksgemeinschaft und des Generalkonsulates Konsul Dr. Heuser, ferner ein städtischer Vertreter und zahlreiche Fluginteressenten. Die „Times“ bringt einen längeren Copyright-Bericht v. Gronaus über seinen Flug. Er plant die Fortsetzung des Fluges nach Washington und Chicago. — „World“ sagt in einem Beiratsartikel, v. Gronaus Flug werde als dritter Westwärtsflug bezeichnet, in dessen sei er einzig in seiner Art.

## Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 8 Uhr heute, Mittwoch, früh in Friedrichshafen zu einer Sonderfahrt nach der Schweiz gestartet. Die Fahrt soll 8—9 Stunden dauern. Zu dieser Fahrt ist „Graf Zeppelin“ vom Fürsten zu Fürstentum gehachtet worden. 81 Passagiere nehmen an der Fahrt teil.

In Berlin hat sich ein neuer Fall von spinaler Kinderlähmung ereignet. Eine Schülerin der 7. Klasse der Lichtenberger Volksschule ist von der Krankheit befallen worden. Die Klasse wurde geschlossen.

Bei einer Nachtübung des 22. französischen Fliegerregiments, die in der Gegend von Chartres abgehalten wurde, stürzte ein Flugzeug, 8 Kilometer von Chartres entfernt, ab. Die sechs Insassen, zwei Leutnants und vier Unteroffiziere, wurden auf der Stelle getötet.

## Badisches Landestheater

Im Landestheater beginnt nunmehr wieder die künstlerische Arbeit. Sowohl für die Oper wie für das Schauspiel haben die Proben eingesetzt. Vorbereitet wird die Eröffnungsvorstellung „Tannhäuser“ von Richard Wagner, daneben „Halsstarr“ von Verdi, „Martha“ von Flotow. Das Schauspiel studiert das gewaltige Werk Hebbels „Die Nibelungen“ ein, das an zwei Abenden gegeben wird. Diesem Klassiker folgt eine Aufführung von Georg Kaiser „Mississipi“, welches neue Werk des berühmten Dramatikers bereits von allen deutschen Bühnen angenommen ist. Wegen einer weiteren Aufführung, die Ende September stattfinden soll, schweben noch Verhandlungen. Als modernes Lustspiel wird „Die Prinzessin und der Einäugiger“ von Engel-Grünwald im Spielplan erscheinen.

Im Personal sind einige Veränderungen zu verzeichnen. Als Gelbbariton tritt Hans Mitschel neu in das Ensemble ein. Als Spielaktivistin ist Elfriede Haberborn verpflichtet worden. Das Schauspiel erhält eine neue Salondame in Loni Anhoff.

Große Verbesserungen sind im Zuschauerraum gemacht worden. Der Sperrstich erhielt eine vollkommen neue Bestuhlung, und bei dieser Gelegenheit sind alle Einbauten entfernt worden, so daß der gesamte Sperrstich sich jetzt einheitlich nur in Reihen präsentiert. Es sind dadurch eine große Anzahl Plätze bedeutend verbessert worden, die Abstände zwischen den Reihen sind bequemer gestaltet worden, und eine Anzahl Sitze sind neu gewonnen worden. Außerdem sind durch die neue Anordnung die Ausgangsmöglichkeiten und damit die Sicherheit des Publikums wesentlich verbessert. Die frei gewordenen Stühle sind benutzt worden, um den 3. und 4. Rang vollkommen neu zu bestuhlen, so daß den Besuchern dieser Plätze jetzt eine ausgezeichnete Sitzgelegenheit geboten wird. Auch die Logen im 1. Rang haben neue Stühle erhalten. Der Fußboden im Sperrstich ist mit Linoleum belegt worden. Der Kronleuchter wird statt der alten unzureichenden Lampen mit Kugelnbirnen ausgetauscht, wodurch eine bessere Beleuchtung des Hauses ge-

## Die Vorbereitung zur Reichstagswahl

### Am 2. September Reichswahlaustrich — Etwa 22 Parteivorläufe statt 38

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird der Reichswahlaustrich am 2. September zusammengetreten, um über die Wahlvorläufe der Parteien und die technischen Einzelheiten der bevorstehenden Reichstagswahl zu entscheiden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Kreis-, die Reichswahlvorläufe und die Verteilungserklärungen vorliegen, so daß dann nur noch die Ausschlußerklärungen folgen.

Bisher ist beim Reichswahlleiter erst ein kleiner Teil der Reichswahlvorläufe eingegangen; namentlich stehen die der großen Parteien noch aus. Man kann sich aber bereits jetzt ein Bild davon machen, wieviel Parteien bei der bevorstehenden Wahl aufmarschieren werden. An unterrichteter Stelle rechnet man mit etwa 200 Vorläufen, so daß also gegenüber den 38 Parteien, die am 26. Mai 1928 in Front standen, eine erhebliche Verminderung eintritt. Das bedeutet erfreulicherweise, daß die Stimmen diesmal immerhin nicht in so großem Maße zersplittert werden wie damals. Viele Stimmen, die bei den Reichswahlen verloren gingen, werden den größeren Parteien zugute kommen, und man kann also annehmen, daß der neue Reichstag mindestens so groß sein wird wie der alte.

Seit den Wahlen zur Nationalversammlung hat sich die Zahl der Parteien bei jeder Wahl vermehrt. Die jetzt einsetzende rückläufige Bewegung kann dazu nur um so mehr begrüßt und als Beweis dafür gebucht werden, daß der allgemeine Ruf nach Sammlung sich doch praktisch in der Richtung einer Befundungsbewegung auswirkt.

Auch der Zählungsvorgang wird durch die Verminderung der Wahlvorläufe vereinfacht. Man rechnet deshalb damit, daß der Überblick über die Ergebnisse etwas früher möglich sein wird als bei den letzten Wahlen. Auf der anderen Seite, tritt eine gewisse Komplizierung dadurch ein, daß die Parteien, namentlich der Mitte, am 14. September in den Wahlkreisen und Wahlkreisverbänden verschiedene gemeinsame Listen aufstellen und verschiedene Listenverbindungen eingegangen sind. So hat z. B. bekanntlich die Deutsche Volkspartei in Baden und Württemberg ein Bündnis mit der Staatspartei geschlossen, dagegen in Ostpreußen mit den Konservativen. Praktisch werden derartige Vorläufe verhältnismäßig einfach gehandhabt. Die Parteien teilen dem Wahlleiter mit, welcher Reichsliste die Reststimmen zufallen sollen, und unter der Nummer dieser Reichsliste tritt die Verbindung auch in dem Wahlkreis auf.

## Das Überfliegen der deutschen Grenzen

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist wegen Überfliegens der deutschen Ostgrenze bei Platon durch ein polnisches Militärflugzeug durch den deutschen Geschäftsträger in Warschau der polnischen Regierung ein Protest der deutschen Regierung übergeben worden. Die polnische Regierung hat darauf noch keine Antwort erteilt, da sie die Angelegenheit erst nachprüfen muß.

Wie wir weiter hören, liegt bis jetzt eigentlich nur der Indizienbeweis dafür vor, daß die Überfliegung der deutschen Westgrenze bei Aehl am 20. August sich mit der Überfliegung des Gebietes durch ein rumänisches Flugzeuggeschwader deckt, das am 20. August in Straburg abgeflogen ist, und daß es auch das rumänische Flugzeuggeschwader war, das am gleichen Tage die deutsche Ostgrenze bei Hls überflog.

Generaloberst Geyer tritt erst Ende November zurück. In seiner Ankündigung im Munsterlager hat er dieses Datum genannt.

Ein nationalistischer preussischer Regierungsinспектор dienstlich. Wie der Amtliche preussische Pressedienst meldet, ist der Regierungsinспектор Haffe in Stade, der trotz des Verbotes des Staatsministeriums sich für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei betätigt hatte, vom Disziplinargericht der Regierung in Stade mit Dienstentlassung bestraft worden. Haffe kandidiert an zweiter Stelle für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Wahlkreis Hannover-Ost.

Die Aussperrung im Hafen von Le Havre ist zu Ende gegangen.

währleistet wird. Die getroffenen Veränderungen werden vom Publikum bestimmt überall mit Genugtuung begrüßt werden.

## Zur Auffindung Andréas

Obwohl noch nicht bekannt ist, ob das Tagebuch Andréas so gut aufgetaut und erhalten werden kann, daß man die Schrift zu entziffern vermag, und obwohl man noch nicht weiß, ob die Aufzeichnungen bis zum Untergang der Expedition fortgesetzt worden sind, ist, wie aus Stockholm gemeldet wird, von einem ausländischen Pressefotografen bereits eine halbe Million Kronen für die Veröffentlichung des Tagebuches geboten worden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das schwedische Kanzen-schiff „Oskar II.“ die sterblichen Überreste der Forscher nach Schweden einholen. Es ist jedoch auch der Vorschlag gemacht worden, daß der alte Kreuzer „Evenskund“ zu diesem Zweck nach Tromsø abgeht, da seinerzeit die Andréas-Expedition auf diesem Kriegsschiff nach der Insel befördert wurde, von wo die Ballonfahrt ausging. Andréas wird seinen Wünschen entsprechend in seinem Heimatort, dem schwedischen Städtchen Gräma, beigesetzt werden.

Der Kommission, die die schwedische Regierung wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen nach Tromsø schickt, wird u. a. ein besonderer Fachmann angehören, der die Auffindung und die Bewahrung des Tagebuches übernehmen wird. Untersuchungen haben ergeben, daß es durch ein besonderes Verfahren unter allen Umständen möglich sein wird, die Schrift zu entziffern, falls sie mit Tinte oder Bleistift geschrieben ist. Wenn Andréas dagegen Kopierstift gebraucht haben sollte, besteht wenig Aussicht dafür. Ganz besonders interessiert die Frage, ob die Andréas-Expedition vor der Katastrophe den Nordpol überflogen hat.

Heimatag Vogberg. Für den verheirateten Schriftsteller Hermann Gris Busse wird der älteste badische Dichter Heinrich Bierort aus Karlsruhe zum Heimatag am 31. August nach Vogberg kommen. Er wird bei dem Festakt in der Turnhalle „Bräutliche Erlebnisse in Poesie und Prosa“ vortragen.

## Zur Wahlbewegung

### Stimmzettel für die Reichstagswahl

Wer sich am 14. September aus beruflichen oder sonst zwingenden Gründen außerhalb seines Wohnortes aufhält, kann sein Stimmrecht nur ausüben, wenn er einen Stimmzettel besitzt. Den Stimmzettel stellt auf mündlichen oder schriftlichen Antrag die Gemeindebehörde des Wohnortes aus, wenn der Antragsteller in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, und wenn er den Grund zur Ausstellung des Stimmzettel glaubhaft machen kann. Stimmzettelhaber können ihre Stimme am Wahltag in einem beliebigen Wahlbezirk des Deutschen Reichs in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags abgeben. Wer einen Stimmzettel benötigt, soll ihn möglichst jetzt in dieser Woche, in der die Wählerverzeichnisse zur Einsicht ausliegen, beantragen. Geht der Antrag erst in den letzten Tagen vor dem Wahltag ein, so besteht die Gefahr, daß der Stimmzettel nicht mehr rechtzeitig ausgestellt werden kann.

### Absage der deutschen Staatspartei an Dr. Scholz

Die Deutsche Staatspartei hat in ihrem Hauptaktionsausschuß beschlossen, der Deutschen Volkspartei, die in einem Schreiben vom 23. August der Staatspartei mitteilte, daß sowohl die konservative Volkspartei wie die Wirtschaftspartei erklärt hätten, es sei ihnen nicht möglich, an dem Wortlaut des bereits veröffentlichten gemeinsamen Aufrufes Änderungen vorzunehmen, folgendes Schreiben zuzuleiten:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 23. August teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Deutsche Staatspartei von ihrem Standpunkt, daß der Reichspräsident nicht in den Wahlkampf gezogen werden darf, unter keinen Umständen abgehen kann. Mit vorzüglicher Hochachtung, Deutsche Staatspartei. gez. Arthur Mahraun.“

### Ausschreitungen bei der Wahlpropaganda

W.D. Berlin, 27. Aug. (Tel.) In Berlin und Umgebung kam es diese Nacht zu einer Reihe von Ausschreitungen bei der Wahlpropaganda. Es handelte sich um Anhänger der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei, die beim Ankleben von Wahlplakaten von der Polizei erlappt wurden. Eine kommunistische Kolonne wurde betreten, als sie die Kirche in Buchholz mit Wahlplakaten besetzte, eine nationalsozialistische Kolonne, als sie in Lichterfelde die Häuser mit Hakenkreuzen bemalte. In Buchholz und im Osten Berlins wurden bei kommunistischen Zettellebern ein Dolch, eine geladene Pistole nebst Ersatzmunition und Schlagringe gefunden. Die Waffeninhaber wurden dem Schnelrichter vorgeführt und haben gemäß den Bestimmungen der Notverordnung Freiheitsstrafen zu gewärtigen.

In der Nähe des Prenzlauer Torcs kam es in der Nacht zu Streitigkeiten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Der Konflikt artete in eine wilde Schlägerei aus. Das Überfallkommando nahm neun Kämpfer fest und führte sie der Abteilung Ia zu.

## Zwischenfälle

### in einer Moldenhauer Versammlung

W.D. Kofod, 27. Aug. (Tel.) Gestern abend sprach hier der volksparteiliche Spitzenkandidat für Mecklenburg, Reichsfinanzminister a. D. Professor Moldenhauer, in einer für mich verlaufenen Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei über das Thema: „Freiheit oder Diktatur“. Bereits bei Beginn seiner Ausführungen wurde der Redner von politischen Gegnern mit fürchterlichen Schmährufen und Pfeifen empfangen. Während er sich anfangs durchsetzen konnte, sah sich Moldenhauer durch den anhaltend starken Lärm schließlich veranlaßt, seine Rede vorzeitig abzubrechen. Nachdem ein Nationalsozialist und zwei Kommunisten zur Diskussion gesprochen hatten, wollte Moldenhauer die Schlußrede halten, woran ihn seine politischen Gegner abermals durch Abzingen politischer Lieder hinderten. Die Versammlung mußte aufgelöst werden. Moldenhauer verließ unter dem Schutze der Polizei das Versammlungslokal. Zu Tälichkeiten ist es nicht gekommen.

## Reichslisten

Die „Germania“ veröffentlicht die Reichsliste des Zentrum. Danach werden Dr. Brüning, Reichskanzler, Berlin; Dr. Kaas, Prälat, Professor, Berlin; Dr. Marx, Reichskanzler a. D., Berlin; Dr. Birth, Reichsminister, Berlin, in Wahlkreisen gewählt.

Die Reichsliste zeigt folgende Namen: 1. Bürgers, Geh. Finanzrat a. D., Köln; 2. Hofmann, Oberlehrer, Ludwigshafen a. Rh.; 3. Hegmann, Ministerialrat, Oldenburg i. O.; 4. Dr. Florian Köhler, Industrieller, Vöhringhausen; 5. Fr. Dr. Peerenboom, Düsseldorf; 6. August Wintler, Köln; 7. Kühnen, Gewerkschaftssekretär, Saarbrücken; 8. Dr. Bodet, Berlin; 9. Lübbe, Direktor, Berlin; 10. Gell, Oberbahnenmeister, Berlin; 11. Geyer, Wagenbaumeister, Vorf. der Sandwerkskammer Düsseldorf.

Die Deutsche Staatspartei veröffentlicht ihren endgültigen Reichswahlvorläuf, der folgende Namen aufweist: Koch-Weser, Otto Bornemann, Frau Bäumer, Verbandsgeschäftsführer Fritz Baltrusch (Christl. Gewerkschaften), Dr. Hermann Fischer, Ernst Lemmer, Dr. August Weber, Verbandssekretär Arthur Wolph, Dr. Joseph Wintschuh, Frau Dr. Lüders, Reichsbahnoberinspektor Schaub, Professor Uebel, Leipzig; ferner ist zu nennen: Regierungsrat Stephan, Gustav Schneider, der Führer des O.V., der an sicherer Stelle im Wahlkreis Berlin kandidiert, ist auf dem Reichswahlvorläuf in Fortfall gekommen.

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei einigte sich auf nachstehende führende Kandidaten der Reichsliste: 1. Hermann Drexler, Badermeister, erster Parteivorstand; 2. Dr. Bredt; 3. Köster, Präsident des Deutschen Gastwirteverbandes; 4. Dr. Jörissen, Syndikus; 5. Bornmann, Generaldirektor der Gela-Genossenschaften; 6. Mollath, Fabrikant; 7. Colosser, Architekt; 8. Rebold, Vertreter des Deutschen Drogistengewerbes; 9. Hermann, Generalsekretär; 10. Falkmann, Eisenwarenhändler.

Die Regierungskrise in Bayern. Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtags hat in ihrer Sitzung am Dienstag beschlossen, den ihr vom Landtagspräsidenten erteilten Auftrag zur Regierungsbildung anzunehmen und weiter zu verfolgen. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten wird sie ihre Stellungnahme zur Regierungsbildung eingehend darlegen. — Das geschäftsführende Gesamtministerium wird hat an Stelle des zurückgetretenen Finanzministers Dr. Schmelze den Staatsrat in Finanzministerium, Dr. von Deubert, mit der Führung der Geschäfte dieses Ministeriums betraut.

# Ein Gesetzentwurf zur Reichsreform

## Aus Kreisen der Länderkonferenz

Beim Reichsinnenministerium liegt, wie der „Demokr. Zeitungsbild.“ erfährt, ein fertig ausgearbeiteter Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform aus Kreisen der Länderkonferenz vor. Dieser Entwurf entspricht inhaltlich im großen und ganzen den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, berücksichtigt aber deren Vorkenntnisse und gibt auch Hinweise auf weitere Verbesserungen.

Der Entwurf sieht zwei Teile vor, einmal die Änderungen der Reichsverfassung, und zweitens die Übergangsvorschriften, soweit sie notwendig sind. Als wichtigste Änderung ist ein Artikel anzusehen, der als Art. 19a) der geltenden Weimarer Verfassung eingefügt wäre, und der besagt, daß die Vorschriften über die bisherige Zuständigkeitsverteilung zwischen Reich und Ländern nicht gelten für „Länder vereinfachter Verwaltungsform“, für die auch der Name „Länder verstärkter Gemeinschaft“ zur Wahl gestellt wird. Diesen Ländern sei ein Gesetzgebungsrecht nur zuzubilligen, sobald es ihnen vom Reich übertragen wird. Ihre Grenzen untereinander und ihre Verfassungen sollen durch Reichsrecht bestimmt werden.

Der Entwurf soll erst nach zwei Jahren in Kraft treten. Die Justiz soll dem Reich zugehen, ebenso in höchster Instanz Polizei, Gemeindefürsorge, Gewerbeaufsicht, Kirchen- und innere Schulangelegenheiten. Es soll allen Ländern nach der Verfassung freistehen, zu der „vereinfachten Verwaltungsform“ überzugehen.

In dem zweiten Teil heißt es, daß die bisherigen preussischen Provinzen und die Länder Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe vorbehaltlich der territorialen Neugliederung als „Länder vereinfachter Verwaltungsform“ angesehen werden. Während der Übergangszeit soll in Preußen der Landtag für besondere Aufgaben bestehen bleiben; denn es wird vorgeesehen, daß die Reichsregierung unter entsprechender Erweiterung zugleich die preussischen Ministerien und die preussische Staatsverwaltung übernehmen soll. Die anderen Länder vereinfachter Verwaltungsform sollen an Stelle ihrer Landesminister Landesdirektoren erhalten. Die laufende Gesetzgebung soll bis zu dem Zeitpunkt, wo sie der Reichsregierung übergeben kann, von der Reichsregierung mit dem durch Erweiterung des preussischen Landtages gebildeten gemeinschaftlichen Landtag besorgt werden.

Die süddeutschen Länder und Sachsen werden von dem Entwurf ebensowenig berührt, wie von den Vorschlägen der Länderkonferenz. Nur Einzelheiten sollen für sie gelten, so die Ausdehnung der Reichszuständigkeit auf den Verwaltungsaufbau der Länder und eine Vorbestimmung über die Bestellung der Landesregierungen auf bestimmte Zeit.

Der skizzierte Entwurf ist jedoch, wie betont wird, nicht etwa eine offizielle Arbeit der Länderkonferenz, zumal da diese seit Anfang Juli ihre Arbeit eingestellt und der Reichsregierung die weitere Initiative überlassen hat. Er ist vielmehr eine private Arbeit, offenbar aus der Feder eines Mitarbeiters der Länderkonferenz, welchen Gebrauch die Reichsregierung davon machen wird, steht dahin.

## Im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

spielen Arbeiten für die Vermehrung des Gleisumbaus eine beträchtliche Rolle. Wie wir hören, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft nunmehr diese Arbeiten in allen Direktionsbezirken in Angriff genommen und darüber dem Reichsverkehrsministerium bereits einen Bericht zugehen lassen. Im gleichen Ministerium ist Sorge dafür getragen worden, daß alle Geräte für die Reichswasserstraßen, deren Beschaffung auf Grund des Haushaltsplanes 1930 möglich ist, durchweg von deutschen Arbeitern und in deutschen Werken hergestellt werden. Es handelt sich u. a. um 10 Dampfer, 18 Motorfahrzeuge, 9 Waggons und 87 Kräne.

## Die Rechte der Deutschen in Südslawien anerkannt

Der Belgrader Korrespondent der „Deutsch. Allg. Ztg.“ hatte mit dem jugoslawischen Justizminister Gerschtich am Dienstag eine Unterredung, in der der Minister sagte: „Der heutige Ministerrat hat der deutschen Minderheit die Rechte gegeben, die sie seit langen gefordert hat. Es ist somit die These bestätigt worden, daß die Diktatur den lokalen deutschen Staatsbürgern die Rechte gewährt wird, die sie unter dem parlamentarischen System in zehnjährigem Kampf nicht zu erringen vermochte.“

Aber die Art der Verordnung hat der Korrespondent folgende Einzelheiten erfahren: Der „Deutsche Kulturbund“ wird gestattet, ferner wird die Förderung der deutschen Minderheit auf eine private Lehrerbildungsanstalt erfüllt werden. Es wird daher in Zukunft nicht mehr vorkommen können, daß die Kinder der deutschen Minderheiten von Lehrern unterrichtet werden, die des Deutschen unzureichend mächtig sind. Deutsche Kindergärten werden zugelassen. Ferner wird deutschen Lehrern gestattet, deutsche Analphabetenkurse abzuhalten. Die Entscheidung über die Bildung von Minderheitenschulen in den einzelnen Gemeinden und die Einschreibung der Schüler in diese vollzieht eine Kommission, die aus zwei Vertretern der Schulbehörde und zwei Vertretern der deutschen Minderheit besteht.

Auch das Reich baut ab. Im Statistischen Reichsamt sind im Laufe der letzten Zeit 420 Kündigungen erfolgt. Etwa 200 der Kündigungen haben auf Grund des Reichsangeestellten-Tarifvertrages wegen unbilliger Härte Einspruch gegen ihre Entlassung eingelegt. Das Reichsamt beschäftigt außer 600 Beamten etwa über 2000 Angestellte, von denen im Juni, nachdem die zu leistenden Arbeiten abgeschlossen waren, bereits 450 abgebaut worden sind. Die neuen Kündigungen erfolgen zum einen Teil wegen der durch Streichungen im Haushaltsplan notwendig gewordenen scharfen Einsparungsmaßnahmen.

Sicherung der Wahlvorbereitung in Bayern. Die fortgesetzten Zusammenstöße politischer Gegner bei der Wahlvorbereitung hat, wie aus München gemeldet wird, das Staatsministerium des Innern veranlaßt, die Polizeibehörden zur Verschärfung der bisher getroffenen Maßnahmen anzuweisen. Daraus haben die Polizeibehörden der größeren Städte allgemein das Tragen von Parteiuniformen in öffentlichen politischen Versammlungen sowie auf Straßen von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Desgleichen ist das von der Polizeidirektion München erlassene Verbot der Wirtschaftsführung aus Anlaß von nationalsozialistischen und kommunistischen Versammlungen auch in den übrigen größeren Städten des Landes erlassen worden.

Verbot nationalsozialistischer Umzüge und Demonstrationen in Hamburg. Die Hamburger Polizeibehörde hat an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei folgendes Schreiben gerichtet: „Fast alle bisherigen Demonstrationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei haben zu Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung geführt. Um weiteren Gefährdungen der öffentlichen Ordnung vorzubeugen, werden bis auf weiteres alle Demonstrationen sowie Umzüge der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei z. B. auf Lastkraftwagen, in einheitlicher Kleidung und mit einheitlichen Abzeichen hiermit verboten. Alle geschlossenen An- und Abmärsche zu und von Versammlungen werden hiermit ebenfalls verboten.“

## Badischer Teil

### Badischer Städtebund

Der Badische Städtebund (Verband der mittleren Städte Badens) hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Karlsruhe unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Renner (Nationalist) eine Ausschusssitzung ab, die sich — wie uns geschrieben wird — in erster Linie mit der Durchführung der Notverordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 28. Juli 1930 befaßte. Da die Einnahmen der Gemeinden namentlich aus den Reichsteuern dauernd zurückgehen und die Fürsorgeaufwendungen gleichzeitig in ungeahntem Umfang fortwährend wachsen, werden die meisten Gemeinden gezwungen sein, die ihnen durch die Notverordnung gebotenen neuen Steuerquellen (Bier-, Schankbereich- und Bürgersteuer) in vollem Umfang auszunutzen, um die in dem laufenden Rechnungsjahr gegenüber den Voranschlägen bis heute entstandenen Fehlbeträge auch nur teilweise zu decken.

Das Reichsfinanzministerium hat vor einigen Wochen einen Entwurf zu „Richtlinien für das Schulwesen der Gemeinden“ veröffentlicht, demzufolge die Gemeinden und Gemeindeverbände künftighin Geldmittel im Wege des Kredits nur zu verboden Zwecken beschaffen dürfen. Wohnungen, Straßen, Schulhaus- und Kranenhausbauten der Gemeinden würden daher künftighin im Anleihebewege grundsätzlich nicht mehr finanziert werden können. Die Beratungskommission der Reichsregierung soll in die Lage gesetzt werden, jede öffentliche Anleiheaufnahme einer Gemeinde zu verhindern, die ihren Grund- und Richtlinien für die Anleihebetriebe, für die Höhe des Anleihebetrages und der Effektivverzinsung, für den Zeitpunkt der Anleiheaufnahme und ihren sonstigen, etwa ergehenden Vorschriften nicht entspricht. Unter Umständen, d. h. „sofern es die Verhältnisse des Geld- und Kapitalmarktes erfordern“, soll die Beratungskommission zu einer nahezu vollständigen Kreditperre befugt sein. Der Badische Städtebund ersucht die badische Regierung und den Reichsstädtebund, sich nachdrücklich gegen diese Pläne des Reichsfinanzministeriums einzusetzen, die zu einer vollständigen Vermögensverarmung der Kommunalanleiher führen würden.

Außer einigen anderen Gegenständen beschäftigte die Tagung insbesondere auch die Bildung einer eigenen kommunalen Revisionsinstanz, die unter Umständen durch Erweiterung der Revisionskommission des Badischen Sparcassen- und Giroverbandes erfolgen könnte.

Der diesjährige Städtetag findet am Sonntag, den 28. September, und Montag, den 29. September 1930, in Rehl statt. Hauptgegenstand der Tagung wird die derzeitige finanzielle Lage der Gemeinden im Rahmen des gesamten Finanzausgleiches bilden.

## Die Wahlbewegung in Baden

### Rede des Außenministers in Donaueschingen

In einer gut besuchten Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei in Donaueschingen sprach am Dienstagabend Reichsaußenminister Dr. Curtius. Der Redner begrüßte es zunächst, auf der Liste der Volkspartei und der Staatspartei in Baden zu kandidieren. Außerdem gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm endlich nach langjähriger Dauer vergönnt sei, in seinem eigenen badischen Wahlkreis sprechen zu können. Es sei diesmal auch am Platze, daß der Außenminister in den Wahlkampf eingreife; denn nur bei einer zielbewußten Innenpolitik könne eine kraftvolle Außenpolitik getrieben werden.

### Die Sütterlinschrift

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat mit einer Bekanntmachung an die Schulbehörde und Lehrer der Volksschulen, der Taubstummenanstalten, der Höheren Schulen und der Lehrerbildungsanstalten bestimmt, daß genau vorgeschriebene Ausgangsformen der Sütterlinschrift für verbindlich erklärt werden und die Sütterlinschreibweise als Ausgangspunkt zu betrachten ist. Zur Einführung der neuen Schreibweise werden für die Lehrer besondere Kurse abgehalten werden. Weiter enthält die Bekanntmachung Bestimmungen über den inneren Schulbetrieb, Hefte, Schiefertafeln usw.

### Zur Fahrpreiserhöhung am 1. September

Am 1. September 1930 tritt bekanntlich eine geringe Erhöhung der Personentarife bei der Reichsbahn in Kraft. Verschiedentlich ist die Frage aufgeworfen worden, wie weit die vor der Tarifserhöhung gelösten Fahrkarten und Fahrscheine noch nach dem 1. September 1930 gültig sind. Von seiten der Reichsbahn wird hierzu folgendes mitgeteilt:

Eine Beschränkung in der Ausgabe der Fahrausweise in den Tagen vor Einführung der neuen Fahrpreise und ebenso eine Beschränkung der Gültigkeit der vor dem 1. September gelösten Fahrausweise tritt im allgemeinen nicht ein. Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs gelten also vier Tage. Fahrscheine der Mitteleuropäischen Reisebüros seitig Lage vom Lösungstage ab. Eine Ausnahme tritt nur ein für Fahrscheine des Mitteleuropäischen Reisebüros für solche einfachen Fahrten, für die auch gewöhnliche Fahrkarten ausgegeben werden können (z. B. Berlin—Köln). Hier erlischt die Gültigkeit der vor dem 1. September 1930 gelösten Hefte ebenso wie die der gewöhnlichen Fahrkarten am 3. September Mitternacht. Das gleiche gilt für Fahrscheine, in denen mehrere in sich geschlossene Hin- und Rückfahrten vereinigt sind. Dagegen können Hefte mit Rundreisen (z. B. Köln—Berlin—Erfurt—Frankfurt—Köln) oder für einfache Fahrten, für die gewöhnliche Fahrkarten ausgegeben werden können (z. B. Berlin—Gamburg—Bremen—Köln) oder Hefte mit nur einer Hin- und Rückfahrt (z. B. München—Frankfurt—München) innerhalb der 60-tägigen Gültigkeit unbeanstandet benutzt werden.

### Aus der badischen Industrie

Weitere Arbeiterentlassungen bei Daimler-Benz. Beim Werk Sindelfingen der Daimler-Benz-WG. werden weitere 250 Arbeiter und Angestellte entlassen, nachdem in der letzten Woche

bereits 700 Entlassungen vorgenommen worden sind. Die Genehmigung liegt, wie die „Neue Bad. Landesztg.“ erfährt, für 14. September bereits vor. Damit ist die Hälfte der Belegschaft entlassen. Der Rest arbeitet nur noch 1 bis drei Tage.

Betriebswiederaufnahme in der Zigarrenindustrie. Die Zigarrenfabrik Heinrich Jacobi (Mannheim) wird am 1. September in den Fabrikräumen J. Laier Witwe in Nauenberg die Herstellung von Zigarren aufnehmen. Bisher sind 25 bis 30 Arbeiter eingestellt worden. Die jetzige Fabrik lag fast zwei Jahre still.

Die Notlage der badischen Steinindustrie. Nachdem die großen Pflastersteinbetriebe Seebach und Randern seit Wochen zum größten Teil stillliegen, sieht sich, wie aus Kreisen der badischen Steinindustrie verlautet, nunmehr auch die Firma „Schwarzwälder Granitwerke C. Kiebler“ in Bühl gezwungen, circa 60 Mann zu entlassen. Weitere größere Entlassungen sind unvermeidbar, wenn nicht bald eine Besserung in der Wirtschaftslage kommt.

## Deutsch-französisches Studententreffen in Mannheim

Das Auslandsamt des Deutschen Studentenverbandes veranstaltet, wie schon gemeldet, vom 16. bis 21. September d. J. in Mannheim das 1. Deutsch-französisches Studententreffen, und zwar hat sich der Studententendeband entschlossen, die Tagung als interne Arbeits- und Aussprachetagung abzuhalten.

Man wird sich mit den französischen Studenten auseinandersetzen über 1. die geistige Zusammenarbeit im Zusammenleben der Völker einer Kulturgemeinschaft, 2. die deutsch-französische Annäherung im Hinblick auf das Europaproblem, 3. die Stellung des Studenten in der geistigen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, 4. die Bedeutung des Studentenaustausches und der Studienpläne beider Länder als Faktoren der studentischen Zusammenarbeit. Hervorragende Persönlichkeiten des kulturellen und politischen Lebens beider Länder haben ihre Teilnahme zugesagt oder ihre warmste Zustimmung und Anteilnahme zu erkennen gegeben, wie zum Beispiel Kultusminister a. D. Prof. Dr. Becker, dem die Teilnahme wegen seiner Amerikareise nicht möglich ist.

### Tagungen

In einem Obermeisterstag der badischen Fleischerinnungen in Offenburg nahmen etwa 100 Delegierte von 34 badischen Innungen teil. Der Geschäftsführer wies darauf hin, daß der Umsatzrückgang in Stadt und Land immer schärfere Formen annehme. Immer empfindlicher mache sich das gewerbliche Hauschlagungsweesen und der Fleisch- und Wurstverkauf im Gastwirtsgerwebe über die Straße bemerkbar. Die Schwierigkeiten im Absatz des Rindertalges behandelte der Obermeister der Fleischerinnung Mannheim, Gg. Kurz, der für den Verkauf von Margarine auch in den Metzgergeschäften eintrat, und die Obermeisterstagung beschloß daraufhin, daß die badischen Fleischerinnungen beschleunigt die Fabrikation einer eigenen Margarine mit entsprechendem Zusatz von Premier jus, die durch Qualität und Preis dem Publikum Anreiz bietet, aufnehmen und in den Fleischerläden verkauft werden soll. Über „Fleisch- und Wurstvergiftungen“ referierte Metzgermeister Zehner (Bruchsal), der für die Bildung einer Schutzgemeinschaft eintrat, um unerschuldete in Not geratenen Metzgermeistern infolge fälschlicher Anzeige zu helfen.

## Aus der Landeshauptstadt

### „Badener Heimattag Karlsruhe 1930“ in der Filmwochenschau

Von den bedeutendsten öffentlichen Veranstaltungen und Umzügen während des „Badener Heimattages“, der vom 11. bis 14. Juli in Karlsruhe stattfand, wurde von den Filmgesellschaften Ufa und Emelta der Festzug der badischen Würtzwehren, Schützengilden und Milizen gefilmt. Außerdem hat das Photohaus Ganste in Karlsruhe einen Ufa-Schmalfilm hergestellt, welcher mit den beiden anderen Firmen dieser Tage verschiedenen Vertretern von Behörden und landmannschaftlichen Organisationen in Karlsruhe vorgeführt wurde. Trotz der ungünstigen Witterung sind sämtliche Aufnahmen geglückt; sie zeigen das bunteste lebhafteste Treiben in den Hauptstraßen der badischen Landeshauptstadt und vermitteln ein anschauliches Bild vom Milizfestzug, der bekanntlich im Rahmen des „Badener Heimattages“ erstmals durchgeführt wurde. Als Wochenendausbehalter sind insbesondere die Emelta- und Ufa-Filme in hohem Maße dazu geeignet, Karlsruhe im In- und Ausland sehr vorteilhaft zu betreten.

Kirchenrat Hermann f. Nach schwerem Leiden verstarb in der Nacht zum Dienstag der Pfarrer der evangelischen Altkirchpfarre Adolf Hermann, der Führer und Vorsitzende der kirchlich-positiven Vereinigung.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Deutschland, Frankreich, Schweiz und Italien hatten nunmehr seit zwei Tagen fast wolkenloses Wetter, da das mitteleuropäische Hochdruckgebiet sich erhalten hat. Unter seinem Einflusse wird das weitere Wetter mit sommerlichen Temperaturen weiterhin anhalten. Wetterausblick: Fortdauer der bestehenden Witterung.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	27. August	28. August		
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.50	168.84	168.53	168.87
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	21.91	21.95	21.91	21.95
London . . . 1 Pf.	20.367	20.407	20.367	20.407
New York . . 1 D.	4.1825	4.1905	4.183	4.191
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.455	16.495
Schweiz . . . 100 Fr.	81.30	81.46	81.32	81.48
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.135	59.255
Prag . . . 100 Kr.	12.416	12.436	12.419	12.439

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 18. bis 23. August 1930 auf 108,8 gegenüber 102,1 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 100,5 (97,9), Gruppe verarbeitende Industrie auf 92,6 (91,0) und Gruppe Handel und Verkehr auf 126,4 (124,9).

Serabefegung des finnischen Diskontsatzes. Die Fimlandsbank hat den Diskontsatz von 6% auf 6 Proz. herabgesetzt.

**E. Büchle** Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 132  
Spezialhaus für

**Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl!

### Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Waggenau war am Montag bei der Beratung des Voranschlags für 1930/31 und die Gemeindehiersteuer wiederum nicht beschlußfähig, da nur 31 Mitglieder zugegen waren. Die absolute Mehrheit betrug 35. Bürgermeister Schneider schloß die Sitzung und bemerkte, daß die Vorlagen angenommen seien.

Das Baden-Badener Kurhaus neu verpachtet. Im Baden-Badener Bürgerausschuß wurde der Betrieb des Kurhauses und der damit verbundenen Merkur-Restaurantbetrieb auf 1. November 1930 an Hans Schroedel, früheren Generaldirektor des Eden-Hotels und des Kaiserhofs in Berlin und von Bad Kreuznach, verpachtet.

Vohrungen nach Kies. Dieser Tage wurden auf der Gemarkung Leutesheim bei Kehl, auf dem Gelände der Mittelbadischen Eisenbahnen A.G., Vohrungen vorgenommen, um die Tiefe der dortigen ausgedehnten Kieslager festzustellen. Wie man hört, beabsichtigt die Stadt Kehl, diese Kieslager, die eine durchschnittliche Stärke von 10—15 Meter haben dürften, mit Hilfe großer Wagger auszubehnten.

Zur Frage des Postneubaus in Überlingen. In der Frage eines Postneubaus oder Umbaus sind in den letzten Monaten ständig Verhandlungen zwischen der Reichspostverwaltung und der Stadtverwaltung geführt worden. Bei der Stadtverwaltung ist eine Entscheidung des Reichspostministers dahin eingegangen, daß die Reichspostverwaltung grundsätzlich der Errichtung eines Postgebäudes auf dem Platz neben dem Elektrizitätswerke zustimmt, aber nicht in der Lage ist, hierfür reichsweitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Von sachverständiger Seite wird für einen Neubau mit einem Kostenaufwand von 150 bis 200 000 Reichsmark gerechnet. Wenn in der Entscheidung des Reichspostministers bezüglich der Geldbeschaffung keine veränderte Stellungnahme erreicht werden kann, so dürfte die Stadtgemeinde selbst den Neubau erstellen und das Geld hierzu aufnehmen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Die große Baden-Badener Rennwoche

5td. Iffezheim, 26. Aug. Ein prächtiges Sommerwetter begünstigte den dritten Tag der Baden-Badener Rennwoche, in dessen Mittelpunkt die Hauptentscheidung, das Futuristenrennen, die klassische Prüfung für Zweijährige, stand. Der Besuch der Iffezheimer Bahn war gut.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf das Futuristenrennen, in dem den vier deutschen Pferden drei Franzosen gegenüberstanden. Die Gradiher Sichel mußte im letzten Augenblick wegen Hustens und Fiebers von der Startliste gestrichen werden. Beim Aufgalopp machten die Vertreter der französischen Zucht, besonders Tourbillon, einen ganz ausgezeichneten Eindruck. Beim Start kamen die deutschen Lambo, Kull Dubert und Filmenau am besten weg. Lambo führte vor Filmenau, hinter der Kull Dubert und auf gleicher Höhe die Franzosen lagen, während der Weinbergische Ostade hinter dem Feld bergaloppierte. Im Kniebogen kam Lambo in Front und zuerst in die Gerade. Während Kull Dubert und Filmenau einen Angriff unternahm, kam in der Geraden des Feldes der Franzose Tourbillon auf, der in ganz überlegener Weise dem Felde davonanterte und mit 2½ Längen das wertvolle Rennen gewann.

Im Sachsen-Weimar-Rennen konnte die Weinbergische Farbe Majorodorus Siegerehren einheimen. Eine Überraschung gab es im Dos-Ausgleich, den Piemont gewann. Im Kincjem-Rennen wiederholte Winkelried seinen Sieg vom letzten Jahre im gleichen Rennen.

DJ. Mannheim, 27. Aug. Am 19. Oktober soll — einer Zeitungsmeldung zufolge — das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nach Mannheim kommen und dort landen.

DJ. Bruchsal, 25. Aug. Die Tabakerte hat hier in hiesiger Gegend um 14 Tage früher begonnen. Nach dem pfälzischen Vorbild wurden die Pflanzen aus den Beeten so früh wie möglich verpflanzt, wodurch man die Gruppenbildung zugunsten des Sandblattes zurückführt und so große Sandblätter erzielt. Die Ernte ist recht befriedigend.

DJ. Lahr, 26. Aug. Die Tabakerte in den Niedorten hat in diesem Jahre etwas früher begonnen, und zwar hat hierzu nicht die frühe Reife durch die Bitterung allein beigetragen, sondern auch die Umstellung in der Tabakbehandlung seitens der Pflanzler. Die Ernte ist recht befriedigend, und die Sandblätter weisen eine gute Farberinheit auf.

DJ. Müllheim, 26. Aug. Sanitätsübung 800 Meter unter der Erde. Am vergangenen Samstagabend fand im Kalwerk Buggingen, eine Sanitätsübung statt, bei der zum erstenmal außer den Rettungsmannschaften des Bezirks auch die Sanitätskolonne Müllheim mitwirkte. Die Abhaltung der Übung war auch ihr Zeitpunkt, war von der Leitung des Kalwerkes geheim gehalten worden, so daß die Sanitätsmannschaft des Bezirks wie auch die Müllheimer Kolonne überrascht wurden. In etwa einer halben Stunde standen die ersten Mannschaften der Müllheimer Kolonne im Förderkorb, und auf der 793-

Meter-Sohle des Schachtes nahmen die Übungen ihren Anfang, denen der Gedanke einer Gasexplosion in Abbau 10 der Grube zugrundelag. Gegen 11 Uhr war die Übung beendet.

DJ. Wyhlen, 26. Aug. Wegen der hier festgestellten Fälle von spinaler Kinderlähmung sind die Schulen in Wyhlen und dem benachbarten Grenzach bis auf weiteres geschlossen worden. Insgesamt sind im ganzen Bezirk acht Fälle der Krankheit verzeichnet worden; mehrere davon sind jedoch harmloser Natur.

5td. Waldshut, 27. Aug. Montag mittag überfuhr auf der Landstraße Waldshut-Dogeten unterhalb des Waldschloßes ein Personenauto die 39 Jahre alte Ehefrau des in den Konga-Werken beschäftigten Arbeiters Emil Kubiger von Schimlingen, wobei diese tödlich verletzt wurde. Sie ist Mutter von vier Kindern.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung

Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die Badische Kommunale Landesbank.

Der Badischen Kommunalen Landesbank in Mannheim ist durch Entscheidung vom heutigen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 7 Proz. verzinslichen Schulverschreibungen auf den Inhaber (Badische Kommunal-Goldanleihe 1930) im Nennwert von 5 000 000 M.

— Fünf Millionen Reichsmark —

sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 25. August 1930.  
Der Minister des Innern:  
J. Wittmann

### Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes:

Maschinist Bernhard Schneider bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

Gestorben:

Polizeiwachtmeister Karl Bischoff in Konstanz.

### Rheinische Hypothekenbank, Mannheim.

#### Bekanntmachung nach Art. 60 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz.

##### I. Nettobestand der Pfandbriefteilungsgruppe am 30. Juni 1930

(Nach Abzug des Verwaltungskostenbeitrags und unter Berücksichtigung der bisher vorgenommenen Teilausschüttungen von 10% bzw. 5%, sowie unseres Restabfindungsangebots vom April d. Js. mit der weiteren baren Teilausschüttung von 2% des Goldmarkbetrages der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe.)

#### A. Aktiva.

##### 1. Festgestellte Beträge:

a) Hypotheken mit 1. Rang . . . . .	7029716,06 GM.	
b) Hypotheken mit Nachrang		
Nennwert . . . . .	5268664,34 GM.	
bewertet mit	4105147,42 GM.	
c) Forderungen (ungesichert infolge Verlustes der hypothekarischen Sicherheit) Nennwert 286806,89 GM. . . . .		204159,55 GM.
d) Anlagen aus Rückzahlungen und Zinsen:		
1. Bankguthaben . . . . .	1102371,79 GM.	
2. Eigene 4 1/2%ige Liquidationspfandbriefe im Nennwert von . . . . .	3797300,— GM.	
3. Goldhypotheken . . . . .	348200,80 GM.	
4. Ablösungsanleihe mit Auslösungsrechten im Einlösungsbeiträge von 32000,— GM. . . . .		16000,— GM.
bewertet mit	16000,— GM.	5263872,59 GM.
e) Zinsrückstände im Nennwert von 100520,06 GM. bewertet mit . . . . .	89160,— GM.	16692055,62 GM.

##### 2. Noch nicht festgestellte Beträge:

a) Hypotheken im Nennwert von 135970,84 GM. bewertet mit	64431,73 GM.	
b) Forderungen (ungesichert infolge Verlustes der hypothekarischen Sicherheit) Nennwert 333113,37 GM. . . . .		26106,84 GM.
		90538,57 GM.
		<b>Gesamtbestand 16782594,79 GM.</b>

#### B. Passiva.

Goldmarkbetrag der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe . . . 612209332,03 GM.

##### II. Nettobestand der Kommunalobligationenteilungsgruppe am 31. Dezember 1930.

(Nach Abzug des Verwaltungskostenbeitrags.)

#### A. Aktiva.

(Alle Beträge sind festgestellt)

a) In Abzahlungsdarlehen umgewandelte Ansprüche aus Ablösungsanleihe . . . . .	344865,04 GM.
b) Aufwertungsforderungen nach dem Aufwertungsgesetz	40783,20 GM.
c) Ablösungsanleihe mit Auslösungsrechten im Einlösungsbeiträge von . . . . .	355391,50 GM.
d) Ablösungsanleihe ohne Auslösungsrechte im Einlösungsbeiträge von . . . . .	1196,— GM.
e) Eigene 4 1/2%ige Liquidationspfandbriefe . . . . .	1850,— GM.
f) Anlagen aus Rückzahlungen und Zinsen . . . . .	364910,30 GM.
g) Rückständige Zinsen und anteilige Zinsen aus Ablösungsanleihe . . . . .	71727,77 GM.
	<b>Gesamtbestand 1180723,81 GM.</b>

#### B. Passiva.

Goldmarkbetrag der teilnahmeberechtigten Kommunal-Obligationen . . . . . 20188846,47 GM.

In den obigen Beträgen ist der von der Bank in Liquidationsgoldpfandbriefen gezinstete Beitrag zu den Teilungsmassen von 2500000,— GM. noch nicht enthalten. Von diesen 2500000,— GM. sollen 2000000,— GM. der Pfandbriefteilungsgruppe und 500000,— GM. der Kommunalobligationenteilungsgruppe zugeführt werden.

Mannheim, im August 1930. Q.548

### Rheinische Hypothekenbank.

### Städtische Sparkasse Bruchsal.

#### Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Kassenbestand . . . . .	27 864,69	Spareinlagen . . . . .	4 963 991,10
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassenamt . . . . .	723 905,13	Aufwertungs Spareinlagen . . . . .	1 368 756,30
Bertpapier . . . . .	10 827,06	Giro- und Kontokorrenteinlagen . . . . .	379 528,92
Wechsel . . . . .	164 130,65	Sonstige Einlagen . . . . .	322 042,10
Darlehen auf Hypotheken . . . . .	2 601 929,38	Küdlagen:	
Darlehen in laufender Rechnung an Private . . . . .	1 601 948,95	a) gefehl. Reservefonds . . . . .	144 681,26
Darlehen auf Schuldschein . . . . .	162 222,25	b) Sonderrücklage . . . . .	3 000,—
Darlehen an Gemeinden . . . . .	517 450,—	Reingewinn . . . . .	65 117,89
Aufwertungsfordernngen . . . . .	1 083 278,13		
Einnahmerückstände . . . . .	94 785,47		
Grundstücke und Gebäude . . . . .	251 732,36		
Gerätschaften . . . . .	7 043,50		
	<b>7 247 117,57</b>		<b>7 247 117,57</b>

#### Berechnung der Rücklage:

Die gefehlende Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 5 313 291 RM Einlagen = . . . . . 265 664,55 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . . . 202 799,15 RM  
Somit weniger . . . . . 62 865,40 RM

Bruchsal, den 25. August 1930. Q.821

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer: Der Kontrollenr:  
Dr. Reiffers. Sommer. Fröhlich.

Beim Arbeitsamt Waldshut ist die Stelle des

### Vorsitzenden

infolge Vertiefung des derzeitigen Stelleninhabers voraussichtlich in absehbarer Zeit neu zu besetzen. Die Stelle wird nach Gruppe A 4 b der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestellten — nach Vergütungsgruppe IX des Vergütungstarifs für die Angestellten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besetzt.

Bewerberungen um diese Stelle mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnissen sind bis spätestens 10. September d. J. bei dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland, Stuttgart, Hegelstr. 1, einzureichen.

### Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

### KARLSRUHER ZEITUNG BADISCHER STAATSANZEIGER

Druck G. Braun, Karlsruhe

Q.823. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Junge in Karlsruhe, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschmittmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung u. Auslagen des Verwalters Schlußtermin bestimmt auf: Montag, 15. September 1930, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142.

Karlsruhe, 22. Aug. 1930.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

### PORPHYRWERK DOSSENHEIM

HANS VATER  
DOSSENHEIM A. D. BERGSTR.  
LIEFERT AUS SCHLOSS- U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

### STRASSENBAU-MATERIAL

### Wanzen! Wanzen!

welch ein Schreck, mit SO2 schafft's Hüllstern weg 438  
F. Hüllstern, Ungeziefer-Vernicht.-Anstalt, Herrenstr. 5, Tel. 5791.

### Kommundarlehen 509

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMANN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Beim Arbeitsamt Schwab.-Gmünd wird die Stelle des R.549

### Vorsitzenden

voraussichtlich in nächster Zeit zur Erledigung kommen. Bei Neubefetzung wird die Stelle nach Gruppe A 2 c der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestellten — nach Vergütungsgruppe XI des Vergütungstarifs für die Angestellten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besetzt.

Bewerberungen um diese Stelle mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnissen sind bis spätestens 10. September d. J. bei dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland, Stuttgart, Hegelstr. 1, einzureichen.